

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend ein Veto gegen ein Gas-Embargo auf russische Lieferungen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sich Österreich im Rahmen weiterer EU-Sanktionsmaßnahmen gegen die Russische Föderation mit Nachdruck gegen ein drohendes Gas-Embargo einsetzt und ein solches gegebenenfalls mit dem Vetorecht verhindert.

Begründung

Die Europäische Union bezieht fast die Hälfte ihrer Erdgasimporte aus Russland. Österreich liegt unter den EU-Mitgliedstaaten im Spitzenfeld und bezieht rund 80 Prozent des benötigten Gases aus der Russischen Föderation. Auf EU-Ebene wird neben einem Öl-Embargo auch bereits über ein Gas-Embargo auf russische Importe nachgedacht. Die Konsequenzen einer Unterbindung von Gaslieferungen aus Russland wären sowohl für die österreichische Bevölkerung als auch für den österreichischen Wirtschafts- und Industriestandort verheerend.

Knapp 20 Prozent des Energiebedarfs privater Haushalte werden in Österreich mittels Erdgas gedeckt. Rund 30 Prozent der Energie aus Gas sind für die Erzeugung von Strom und Fernwärme erforderlich. Ein Lieferstopp von russischem Gas würde das Risiko eines Blackouts deutlich erhöhen, da einerseits die erneuerbare Energieeinspeisung den Energiebedarf noch nicht ausreichend ausgleichen kann und Österreich sein letztes Kohlekraftwerk im Jahr 2020 vom Netz genommen hat. Gas ist für die österreichische Industrie der wichtigste Energieträger und benötigt etwa 40 Prozent des verfügbaren Jahresvolumens. In Oberösterreich sind es sogar rund 80 Prozent. Vor allem systemrelevante Sektoren, wie etwa die Papier-, Chemie-, Stahl-, Aluminium- oder Automobilindustrie, wären massiv von einem Gas-Embargo betroffen. Um schwerwiegenden Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft und damit den gesamten Arbeitsmarkt vorzubeugen, ist es unabdingbar, dass sich Österreich entschieden gegen ein mögliches Gas-Embargo ausspricht.

Sowohl Bundeskanzler Nehammer als auch die grüne Bundesministerin Gewessler haben sich bereits gegen ein Gas-Embargo ausgesprochen. Zum Wohle der österreichischen Bevölkerung und des österreichischen Wirtschafts- und Industriestandortes fordern die unterzeichneten Abgeordneten die Bundesregierung auf, diesen Ansatz zu intensivieren und sich mit Nachdruck gegen ein Gas-Embargo einzusetzen, in letzter Konsequenz von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen.

Linz, am 30. Mai 2022

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Klinger, Fischer, Handlos, Kroiß, Schießl, Graf, Gruber, Hofmann, Dim, Binder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Mader, Nell, Aspalter, Ecker, Angerlehner, Raffelsberger